Kürzen - Streichen - Privatisieren

Duisburg – Wie eine Stadt kaputtgespart wird

Starke Kommunalfinanzen für eine sozial-ökologische Stadt

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

DIE LINKE.
Ratsfraktion Duisburg

Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg
Gravelottestraße 28
47053 Duisburg
Tel.: 0203/9308692
www.linksfraktion-duisburg.de
buero@linksfraktion-duisburg.de
V.i.S.d.P.: Rainer Rensmann

INHALT

Vorwort Erkan Kocalar **2**

Zur Schuldensituation Duisburgs
Duisburgs Schulden 3
Die Ursachen der Verschuldung 4
Corona-Krise verschärft Finanznot 5

Sparen - Kürzen - Privatisieren
Folgen neoliberaler Haushaltspolitik
Stärkungspakt und Schuldenbremse 6
Sparen auf Kosten der Bürger*innen und der Verwaltung 7
Investitionsstau – Duisburg verfällt 8
Marode Schulen, Sporthallen und öffentliche Gebäude 9
Kaputte Straßen und baufällige Brücken 10
Die Zukunft findet ohne Duisburg statt – ohne Geld keine Verkehrswende und keine Klimaneutralität 11
Privatisierung öffentlicher Aufgaben 12
Kommunale Selbstverwaltung statt Demokratieabbau 13

LINKE Forderungen zur Stärkung der Duisburger Finanzen
Übernahme der Kosten für Sozialausgaben durch den Bund 14
Einhaltung der Konnexität: „Wer bestellt, der zahlt“ 15
Altschuldenfonds 16

Vorwort

Erkan Kocalar

Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg

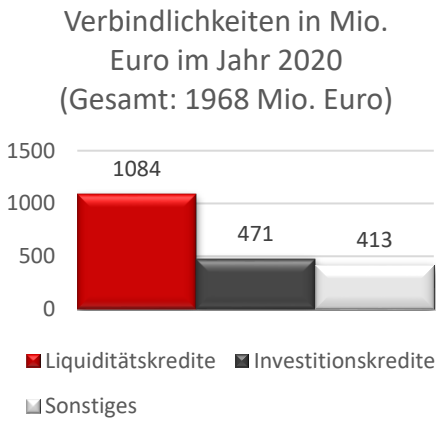
Lebenswerte Kommunen brauchen Solidarität, Offenheit und Vielfalt. Kommunen mit hoher Lebensqualität brauchen aber vor allem gesunde Finanzen. Duisburgs Verschuldung ist nach wie vor hoch. Seit Jahren wird beim Personal und bei den öffentlichen Leistungen gespart. Investiert wird in Duisburg nur noch in die Verwaltung des Mangels.

Die Unterfinanzierung der Stadt sehe ich als das größte Problem für Duisburg. Die Finanznot Duisburgs lässt sich nicht mit jahrzehntelanger strenger Spar- und Kürzungspolitik aus der Welt schaffen. Unterlassene Investitionen in öffentliche Leistungen, in Schulen und Sporthallen, in die Verkehrsinfrastruktur oder in den Klimaschutz werden die Lebensqualität der jetzigen und zukünftigen Generationen nachhaltig verschlechtern.

Wie wollen wir in Zukunft in Duisburg leben? Ohne eine auskömmliche Finanzausstattung ist es unmöglich, die Kommunen lebenswert zu gestalten. Deshalb brauchen wir eine grundlegende Reform des Steuersystems. Ohne Steuergerechtigkeit ist eine nachhaltige Haushaltspolitik unmöglich. Dazu gehört unter anderem die Beteiligung der Reichen an der Finanzierung unseres Gemeinwesens durch die Einführung einer Vermögensteuer. Ein Altschuldenfonds und die vollständige Übernahme der Sozialkosten durch den Bund sind wichtige Schritte hin zu einer handlungsfähigen Kommune. Die durch die Corona-Krise entstandenen finanziellen Belastungen müssen komplett vom Bund getragen werden. Ein weiteres Kaputtsparen der Stadt wird irreparable negative Auswirkungen für die Zukunft Duisburgs haben.

Duisburgs Schulden

Duisburg ist seit Jahren in einer schwierigen finanziellen Situation. Die **Verbindlichkeiten** des Kernhaushalts lagen 2020 bei etwa zwei Mrd. Euro. Die **Liquiditätskredite** betrugen im selben Jahr mehr als eine Mrd. Euro. Liquiditäts- oder auch Kassenkredite genannt, sind Kredite, die die Kommune nur kurzfristig zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit aufnimmt. Sie sind vergleichbar mit dem Dispokredit des Girokontos. Aber sie wurden zunehmend zur Dauereinrichtung.



Seit 2010 verfügt Duisburg über **kein Eigenkapital** mehr und ist damit überschuldet. Die Summe der Verbindlichkeiten ist um 323 Millionen Euro größer als die Wertigkeit des gesamten Duisburger Vermögens. In der Betriebswirtschaft ruft diese Situation die Insolvenz hervor.

Von 2015-2021 gelang es der Stadt **positive Jahresergebnisse** zu erzielen, die auf folgende vier Faktoren zurückzuführen sind:

- die historisch niedrigen **Zinsen,**
- die robuste & langanhaltende **Konjunkturentwicklung** von 2010-2019,
- die massive **Spar- und Kürzungspolitik** im Zuge der verpflichtenden Teilnahme am Stärkungspakt,
- die Verlagerung der coronabedingten Finanzschäden 2020 und 2021 außerhalb des Kernhaushaltes in einen **Schattenhaushalt**.

Die Ursachen der Verschuldung

Die Ursachen der Verschuldung Duisburgs sind vielfältig.

Strukturwandel
Der Niedergang der Montanindustrie führte zu hoher Arbeitslosigkeit, steigenden Sozialausgaben und sinkenden Steuereinnahmen.

Bund und Land übertragen den Kommunen immer mehr Aufgaben ohne für die entsprechende Finanzierung aufzukommen. Dadurch wird das Prinzip der **Konnexität** verletzt, was besagt: „wer bestellt, der zahlt“.

Die Steuerreform (2000), die Unternehmenssteuerreform (2008) und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz (2009) – alle **Steuerreformen** hatten deutlich sinkende Steuererträge auf kommunaler Ebene zur Folge. **Die Steuerpolitik der letzten beiden Jahrzehnte unter SPD, Grünen, CDU und FDP auf Bundesebene haben die Finanznot Duisburgs nachhaltig vergrößert.**

Hinzu kommen Gründe wie die **Finanzkrise 2008** oder **Fehlentscheidungen und Misswirtschaft** lokaler Verantwortungsträger wie beim Desaster der Küppersmühle oder dem Bauprojekt „The Curve“ am Innenhafen.

Corona-Krise verschärft die Finanznot

Allein die Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden von 2020-2026 um 250 Millionen Euro geringer ausfallen, da die Unternehmen die Verluste mit den Gewinnen zehn Jahre rückwirkend verrechnen können. Hinzu kommen deutliche Rückgänge bei der Einkommensteuer.

Darüber hinaus hat die Stadt massive Einnahmeausfälle bei den Bädern, Museen, Bibliotheken oder dem Theater zu verkraften. Städtische Unternehmen wie die Verkehrsbetriebe oder der Zoo bekommen die Corona-Krise direkt zu spüren. Hinzu kommen deutliche Ausgabensteigerungen bspw. im Gesundheitsbereich. Es ist davon auszugehen, dass die Krise allein in Duisburg zu Gesamtbelastungen von 500 Millionen Euro führen wird.

Zwar hat der Bund sich bereit erklärt, die Gewerbesteuerausfälle für 2020 zu übernehmen, diese machen aber nur einen Bruchteil der durch die Corona-Krise bedingten Finanzschäden für Duisburg aus. Die Steuerausfälle in den darauffolgenden Jahren muss Duisburg selber tragen. DIE LINKE fordert, dass sich der Bund verpflichten muss, alle coronabedingten Belastungen zu übernehmen. Stattdessen werden die Kosten der Corona-Krise, wie schon nach der Finanzkrise 2008, zu einem großen Teil auf die Kommunen abgewälzt. Das Land hat den Kommunen verbindlich vorgeschrieben, die coronabedingten Schäden zu isolieren und über einen Zeitraum von 50 Jahren zurückzuzahlen.

Stärkungspakt und Schuldenbremse

Seit den 1990er Jahren stieg die Verschuldung in Duisburg immer weiter an und spitzte sich nach der Finanzkrise deutlich zu. Im Jahr 2010 geriet Duisburg in die **Überschuldung**. D.h. bilanziell betrachtet, gehört das sämtliche städtische Vermögen der Stadt ihren Gläubigern, also den Banken. Seit 2012 musste Duisburg verpflichtend an dem von der Landesregierung aufgesetzten **Stärkungspakt I** für überschuldete Kommunen teilnehmen. Duisburg musste einen sogenannten **Haushaltssanierungsplan** aufstellen. Die Stadt verpflichtete sich eine Vielzahl von **Spar- und Kürzungsmaßnahmen** umzusetzen und musste ab 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen, die sogenannte **Schwarze Null**. Dafür bekam die Stadt von 2011 bis 2020 insgesamt 390 Mio. Euro Konsolidierungshilfen vom Land. Fielen die **Investitionen** schon seit den 90er Jahren viel zu gering aus, setzte sich die Entwicklung jetzt verstärkt fort. Gespart wurde beim Personal, bei den öffentlichen Leistungen und vor allem weiter bei den Investitionen.

Das Problem verschärfte sich durch die Einführung der **Schuldenbremse** auf Bundes- und Landesebene. Sowohl der Bund als auch die Länder verpflichten sich dabei, keine bzw. in nur ganz geringem Ausmaß Schulden aufzunehmen. Das wiederum führt dazu, den Finanzierungsdruck auf die schwächste Ebene abzuladen: die Kommunen.

Sparen auf Kosten der Bürger*innen und der Verwaltung

Tag für Tag erleben die Menschen, dass sich die städtischen Leistungen verschlechtern, dass Einrichtungen und Servicestellen kurzfristig geschlossen werden oder nur mit stundenlangen Wartezeiten erreichbar sind.

Jedes Jahr bleiben hunderte Stellen, die laut Stellenplan vorgesehen sind, unbesetzt. In den Haushaltsplänen sind diese Stellen nicht etatisiert, sonst müssten die Personalaufwendungen jährlich 30-50 Mio. Euro höher ausfallen.

Die mangelhafte Personalsituation in der Verwaltung bringt die Stadt in vielen Bereichen an den Rand der Handlungsfähigkeit. Der Unmut und die Frustration bei den städtischen Angestellten und den Bürger*innen sind entsprechend groß. Der Sparkurs geht hierbei auch auf Kosten der Gesundheit der Mitarbeiter*innen in Duisburg. Die Krankenquote in der Verwaltung liegt mittlerweile bei annähernd 10%. Mehr als jede*r dritte Mitarbeiter*in gibt an, dass die Arbeit die Gesundheit beeinträchtigt. In nahezu allen Ämtern klagen Beschäftigte über Arbeitsverdichtung, fühlen sich überlastet und überfordert. Die Kitabeiträge sind überdurchschnittlich hoch und die Kitas trotzdem überfüllt.

Die Stadt als Arbeitgeberin wird zunehmend unattraktiver. Die Folge: Mitarbeiter*innen wandern zu anderen Arbeitgeber*innen ab und dringend zu besetzende Stellen bleiben leer.

Investitionsstau – Duisburg verfällt

Seit Jahren fallen die Investitionen in Duisburg viel zu niedrig aus. Finanzstarke Städte wie Düsseldorf oder Frankfurt geben ein Mehrfaches an Investitionen pro Einwohner aus. Aber auch im Vergleich zu den anderen Ruhrgebietsstädten wie Essen, Dortmund oder Bochum sind die Investitionen niedriger.

	Investitionsbedarf in Mio. Euro bis 2030
Sanierung Schulen	500
Neubau Schulen	300
Straßen, Wege, Plätze	280
Brücken	100
Verwaltungsgebäude	120
Öffentliche Gebäude	100
Sportstätten	100
Stadtbahn	150
Verkehrswende	200
Klimaneutralität	150
Gesamt	2.000

Wie in der nebenstehenden Tabelle ersichtlich, hat der jahrelange Sparkurs einen riesigen Investitionsstau verursacht. Die Höhe des Investitionsbedarfs beruht zum Teil auf Aussagen der Verwaltung und zum Teil auf Schätzwerten, wobei hier eher eine konservative Kalkulation zugrunde liegt. Um den Investitionsstau nachhaltig abzubauen, bräuchte die Stadt zusätzliche Investitionsmittel im Umfang von mindestens 2 Mrd. Euro für die nächsten 10 Jahre.

Andere Berechnungen gehen von noch deutlich höheren Investitionsbedarfen aus. Eine Untersuchung im Auftrag der Denkfabrik Agora Energiewende und dem Forum New Economy gehen von einem Finanzbedarf allein für kommunale Klimainvestitionen von 170 Milliarden Euro aus. Nur für Duisburg ergibt sich daraus ein Investitionsbedarf für den Klimaschutz von 1 Mrd. Euro bis 2030. Investitionen in die Infrastruktur würden hohe Folgekosten verhindern, die lokale Wirtschaft stärken und dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen.

Marode Schulen und Sporthallen

Grundschule Hochfelder Markt

Allein der Sanierungsbedarf bei den bestehenden Duisburger Schulen liegt mittlerweile bei mehr als 500 Millionen Euro. Hinzu kommen dringend notwendige Investitionen in den Neubau von Schulen.

Die gestiegene Geburtenrate in Duisburg wird den sowieso schon vorhandenen Schulraummangel in den kommenden Jahren weiter massiv verschärfen. Angesichts des Platzmangels werden Schulcontainer zunehmend zu einer Dauerlösung. In weit mehr als 100 Containern werden Duisburger Schüler*innen mittlerweile unterrichtet. Die Gesamtkosten für die Schulcontainer betragen mehr als 10 Millionen Euro.

Grundschule Bergmannsplatz

DIE LINKE ist Teil des Bündnisses „Gute Schulen - neu bauen“. An dem Bündnis beteiligt sind u.a. die GEW, die Elternschaft Duisburger Schulen und alle Schulleiter*innen. Die Initiative fordert 10 bis 20 neue zusätzliche Grundschulen und 6 bis 10 weiterführende Schulen.

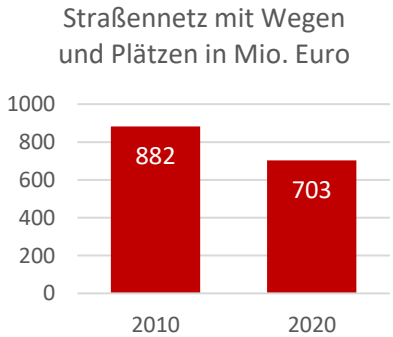
Ein Großteil der Sporthallen ist längst baufällig. Die Restnutzungsdauer der Schulsporthallen bspw. beträgt in Duisburg im Durchschnitt gerade einmal 11 Jahre. Die Gemeindeprüfungsanstalt (gpaNRW) benennt einen Richtwert von 30 Jahren bei der durchschnittlichen Restdauer.

Kaputte Straßen und baufällige Brücken

Kaputte Straßen, Rad- und Gehwege gesperrte oder eingeschränkt nutzbare Brücken - die Verkehrsinfrastruktur in Duisburg verfällt zusehends.

Lotharstraße

In schlechtem bzw. sehr schlechtem Zustand befinden sich 20 % der Straßen in Duisburg. Die Unterhaltungsaufwendungen und Reinvestitionen sind mit die niedrigsten in NRW. Sie müssten um ein vielfaches höher ausfallen, um einen fortdauernden Substanzverlust zu vermeiden.



Allein in den Jahren zwischen 2010 und 2019 hat sich der Wert des Straßennetzes um mehr als 20 % von 882 Mio. Euro auf 703 Mio. Euro verringert.

Auf dem Duisburger Stadtgebiet befinden sich ca. 675 Brücken, davon sind ca. 180 in städtischem Besitz. Bassinbrücke Ruhrort, Hubbrücke Walsum, Gaterwegbrücke – eine Reihe von Brücken sind nur noch eingeschränkt nutzbar, ganz gesperrt oder abgerissen, wie die wichtige Brücke an der Cölve.

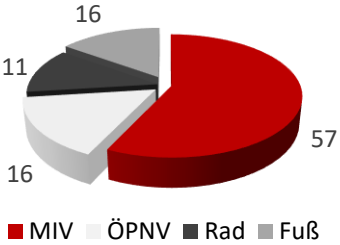
Bassinbrücke Ruhrort

Die Zukunft findet ohne Duisburg statt – ohne Geld keine Verkehrswende und keine Klimaneutralität

Klimagerechte Stadt Duisburg

Im Jahr 2017 hat die Stadt ein Klimaschutzkonzept beschlossen, in dem sie deutlich macht, dass Duisburg sich den Klimaschutzzielen der Bundesregierung verpflichtet fühlt. Gleichwohl ist auch fünf Jahre nach der Erstellung des Klimaschutzkonzepts bisher keine einzige Maßnahme umgesetzt worden. Während in anderen Städten Jahr für Jahr Millionen Euro in den Klimaschutz investiert werden, werden in Duisburg zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes nur wenige hunderttausend Euro im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Modal Split für Duisburg 2016 in Prozent



Verkehrswende jetzt!

In Duisburg werden 57 % der Wege mit dem Auto zurückgelegt, 16 % mit Bus & Bahn, 11 % mit dem Fahrrad und 16 % zu Fuß (siehe Grafik). In anderen deutschen Städten liegt der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) in der Regel bei nicht mehr als 40% und soll durch eigene Zielvorgaben bis 2030 in Städten wie Dortmund, Leipzig oder Karlsruhe weiter auf 25% bis 33% gesenkt werden. Andere Städte geben ein Vielfaches zum Ausbau des Radwegenetzes aus als Duisburg. Um den Autoverkehr zurückzudrängen muss der schienengebundene Nahverkehr ausgebaut werden, was wiederum Investitionen im dreistelligen Millionenbereich bedeuten würde.

Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Das neoliberale Mantra „Markt vor Staat“ dominiert seit den 1990er Jahren die Politik in Deutschland. Der Markt ist flexibler, effizienter und kann Leistungen günstiger bereitstellen als der Staat, so die Wirtschaftsliberalen. Bürokratieabbau, Privatisierung, Liberalisierung, Verschlankung der Verwaltung – es galt die verkrusteten Strukturen des Staates aufzubrechen.

Sana Kliniken

Die kommunalen Haushalte wurden in den vergangenen Jahrzehnten durch beabsichtigte politische Entscheidungen von CDU, SPD, Grünen und FDP auf Bundesebene in die Verschuldung getrieben, um für privates Kapital Anlagemöglichkeiten zu schaffen und für Konzerne neue Geschäftsmöglichkeiten zu eröffnen sowie Gewinne zu Lasten der Kommunen und Bürger*innen zu erzielen. Auf kommunaler Ebene haben SPD, CDU, FDP und Grüne in Duisburg der Privatisierung der Sana-Kliniken und ÖPP-Projekten wie dem Berufskolleg oder dem (mittlerweile gescheiterte) XXL-Bad im Süden zugestimmt.

Aktuell wird in Duisburg der Abbau der öffentlichen Verwaltungen massiv vorangetrieben. **Partnerschaft Deutschland, Duisburger Infrastrukturgesellschaft** oder die Gründung der **Duisburger Schulbaugesellschaft**, immer mehr öffentliche Aufgaben werden an städtische Unternehmen oder an Dritte ausgelagert und damit privatisiert. Die Folgen sind Wissens- und Kompetenzverlust in der Verwaltung und steigende Kosten für die Stadt.

DIE LINKE kritisiert die hohen Geschäftsführerbezüge zahlloser städtischer Unternehmen und tritt für eine Rekommunalisierung (z.B. Sana-Kliniken) ein.

Kommunale Selbstverwaltung statt Demokratieabbau

Die Aushöhlung der kommunalen Finanzhoheit zerstört die kommunale Selbstverwaltung und somit die Grundlage der lokalen Demokratie. Die Duisburger*innen, die Verwaltung und die lokale Politik können aufgrund der massiven Unterfinanzierung der Stadt keine wichtigen Entscheidungen über das Zusammenleben und die Zukunft der Stadt treffen, sondern nur den Mangel verwalten. Städte mit hoher Verschuldung wie Duisburg haben kaum noch Handlungsspielräume. Die Bezirksregierung greift eklatant in das Recht der kommunalen Selbstverwaltung ein, indem der unterfinanzierten Kommune eine strenge Haushaltspolitik aufgezwungen wird. Außerplanmäßige Vorhaben sind durch die Bezirksregierung genehmigungspflichtig und müssen durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden.

Politische Beteiligung durch die Bürger*innen wird zunehmend simuliert. Oftmals wird nur noch so getan, als ob die Menschen ihre Stadt mitgestalten können. In der Realität haben sie auf politische Entscheidungen immer weniger Einfluss. Während Unmut, Unzufriedenheit und Frustration wachsen, sinkt die Wahlbeteiligung und antidemokratische und menschenverachtende Haltungen nehmen zu.

Die kommunale Selbstverwaltung muss wiederhergestellt und gefestigt werden. Dazu ist eine ausreichende Finanzkraft der Kommunen unabdingbar. Temporäre, unstetige und zweckgebundene Förderprogramme sind hierbei keine Lösung, sondern schränken die Handlungsfreiheit der Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen vor Ort unverhältnismäßig ein. Die lokal Verantwortlichen wissen am besten, welche finanziellen Bedarfe bestehen und wie die Gelder am sinnvollsten eingesetzt werden sollten.

Linke Forderungen zur Stärkung der Duisburger Finanzen

Übernahme der Kosten für Sozialausgaben durch den Bund

Besonders stark wirken sich die ständig wachsenden Ausgaben für soziale Leistungen auf Kommunen aus. Zwischen 2003 und 2013 nahmen die Sozialausgaben um 50 Prozent zu – und das, obwohl der Bund bereits Teile dieser Ausgaben übernommen hatte. 2018 beliefen sich die Ausgaben von Kommunen für soziale Leistungen auf über 59 Mrd. Euro. Bis 2020 werden diese von den Kommunalen Spitzenverbänden auf 67 Mrd. Euro geschätzt. Einen wesentlichen Anteil daran haben Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kosten der Unterkunft, KdU) für Hartz-IV-Berechtigte nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) und dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Laut Haushaltsplan rechnet Duisburg jeweils für die Jahre 2022 und 2023 mit Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) im Umfang von 180 Mio. Euro. Davon übernimmt der Bund in den Haushaltsjahren 2022/2023 110,6 Mio. Euro.

Im Rahmen des Konjunkturpaketes zur Bewältigung der Corona-Krise hatte der Bund den Kommunen 2020 zugesichert, weitere 25 % der Aufwendungen für die KdU zu übernehmen. Für Duisburg bedeutet das jährlich eine Entlastung von 43 Millionen Euro. Die Neuregelung ist zu begrüßen, kann allerdings nur ein erster Schritt sein. Der Bund muss sich bereit erklären dauerhaft 100 % der KdU zu übernehmen.

Linke Forderungen zur Stärkung der Duisburger Finanzen

Einhaltung der Konnexität: „Wer bestellt, der zahlt“

„Wer bestellt, der zahlt“ – so lautet das Prinzip der Konnexität. Es besagt, dass Aufgaben, die vom Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, auch von diesen finanziert werden müssen. Dieses Prinzip wird seit Jahren von CDU und SPD verletzt und ist ein wichtiger Grund für die schlechte finanzielle Situation Duisburgs.

Seit der Föderalismusreform I ist eine entsprechende Aufgabenübertragung ohne finanziellen Ausgleich zwar nicht mehr zulässig, dies gilt jedoch nicht für Bundesgesetze, die vor Inkrafttreten der Föderalismusreform I im Jahr 2006 erlassen wurden, sowie für die Erweiterung bereits bestehender gesetzlicher Aufgaben.

Ob es nun um das Angehörigen-Entlastungs-Gesetz, das Prostituiertenschutzgesetz, das Unterhaltsvorschussgesetz, die Krankenhausumlage oder die Hartz IV-Gesetzgebung geht. Immer wieder werden gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht, während die Kommunen auf den zusätzlichen Kosten sitzenbleiben.

Hinzu kommt, dass das Land immer wieder „klebrige Finger“ hat, wenn es um die Weiterleitung von Geldern vom Bund zu den Kommunen geht. Die Integrationspauschale, die der Bund für die Aufgaben im Rahmen der Integration von Flüchtlingen für die Kommunen vorsieht, hat das Land zu einem großen Teil einbehalten und eben nicht weitergeleitet.

Wir fordern die konsequente Umsetzung des Prinzips der Konnexität.

Linke Forderungen zur Stärkung der Duisburger Finanzen

Altschuldenfonds

Die durch politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene herbeigeführte systematische und gewollte Unterfinanzierung der Kommunen hat in den vergangenen zwanzig Jahren dazu geführt, dass die Verschuldung der Städte stark angestiegen ist. Die Liquiditätskredite, auch Kassenkredite genannt, stiegen in Deutschland seit 2001 von 9 Milliarden auf zurzeit etwa 37 Milliarden Euro. Mehr als die Hälfte der Liquiditätskredite entfallen allein auf Nordrhein-Westfalen.

Im Jahr 2020 betrugen die Kassenkredite in Duisburg eine Milliarde Euro. Bei Jahresüberschüssen musste bisher jeder Euro für die Schuldentilgung aufgewendet werden. Der Zwang durch die Bezirksregierung, die Kassenkredite zu reduzieren, geht zu Lasten der öffentlichen Aufgaben, der Beschäftigten und der Investitionen. Hoch verschuldete Städte können die gesellschaftlichen Herausforderungen wie den Klimawandel, die Verkehrswende, die Digitalisierung oder die zunehmende soziale Ungleichheit nicht bewältigen und werden abgehängt.

Obwohl schon die letzte schwarz-rot geführte Bundesregierung eine Altschuldenlösung in Aussicht stellte, ist nichts passiert. Und auch die Ankündigungen der aktuellen Ampel-Koalition werden aller Wahrscheinlichkeit nach nur leere Versprechungen sein.

Der Bund muss die Kassenkredite der verschuldeten Kommunen übernehmen. Statt jedes Jahr Millionen Euro an Zinsen für die Kassenkredite aufzubringen, könnte das Geld besser in dringend benötigte Schulen, in die Sanierung von Straßen und den Ausbau des Nahverkehrs investiert werden.

www.linksfraktion-duisburg.de

Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg
Gravelottestraße 28
47053 Duisburg
Tel.: 0203/9308692
www.linksfraktion-duisburg.de
buero@linksfraktion-duisburg.de
V.i.S.d.P.: Rainer Rensmann